

# Avanti <sup>2</sup>

ISO Rhein-Neckar



Demo gegen „Agenda 2010“ in Mannheim.

Foto: Straube.

## Schluss mit Armut und Schikanen! Hartz IV muss weg!

M. G.

**D**ie Reichen werden immer reicher. Gleichzeitig geraten die abhängig Beschäftigten immer mehr unter Druck. Mit der „Agenda 2010“ und den Hartz-Gesetzen ist die Ausbreitung von ungeschützten Arbeitsverhältnissen und Armut massiv befördert worden. Dem Rechtspopulismus wurde

der Weg geebnet. Die klein gerechnete Massenerwerbslosigkeit drückt zudem auf die Reallöhne. Sie droht durch die begonnene Digitalisierung massiv zu wachsen. Deshalb Schluss mit den Scheindebatten in der Politik!

**Hartz IV muss weg!** ■

**Wir fordern stattdessen einen armutsfesten steuerfreien Mindestlohn von mindestens 12,50 Euro/Stunde, eine sanktionsfreie Grundsicherung von derzeit mindestens 1.000 Euro im Monat ohne Beseitigung der bisherigen sozialen Zuwendungen und die Durchsetzung des tarifgebundenen Normalarbeitsverhältnisses für alle!**

Liebe Leserinnen und Leser, nun ist die GroKo 4.0 offiziell gestartet – mit sozialem Gesäusel und Fortführung einer an den Interessen des Großkapitals orientierten Politik. Wir befassen uns erneut mit ihrem Regierungs-Programm und beleuchten die Armut in einem reichen Land.

Wir werfen außerdem einen Blick auf die Behinderung von Betriebsratswahlen und setzen unsere Serie zum 200. Geburtstag von Karl Marx fort.

Es wäre sehr schön, wenn diese und die anderen Themen auf Euer Interesse stoßen würden.

Eure Redaktion

### Inhalt

TITEL	KARL MARX 200
01 HARTZ IV Muß weg!	06 KARL MARX Ein radikaler Demokrat
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	ANTIKAPITALISMUS
02 BETRIEBSRATSWAHLEN Wo bleibt der Aufschrei?	07 ANTIKAPITALISTISCHES BÜNDNIS Was tun in Mannheim?
03 BR-MOBGING Dokumentation erschienen	RÜCKBLENDE / TERMINE
GROKO 4.0	08 GEGEN KRIEGE UND AUFRÜSTUNG Ostermarsch Rhein-Neckar
04 REGIERUNGSPROGRAMM Für wen? (II)	08 TERMINE

# Betriebsratswahlen 2018

## Keine Probleme nirgends?

H. N.

Die Betriebsratswahlen 2018 finden im Zeitraum vom 1. März bis 31. Mai statt. Nach der letzten repräsentativen Erhebung im Jahr 2014 wurden in Westdeutschland lediglich 43 % der Beschäftigten der Privatwirtschaft und gar nur 33 % in Ostdeutschland von einem Betriebsrat (BR) vertreten. Mit teilweise kriminellen Methoden versuchen Unternehmen, Kandidaturen zur Betriebsratswahl zu behindern oder ganz zu verhindern. Wir berichten über einen Fall aus der Region. Um die betroffenen KollegInnen nicht zu gefährden, haben wir die Darstellung anonymisiert.

Das geltende Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) lässt keine Zweifel: „Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer [...] eine Wahl des Betriebsrats, [...] behindert oder durch Zufügung oder Androhung von Nachteilen oder durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflusst.“ (§ 119 BetrVG). Leider ist die Rechtswirklichkeit oft eine andere.

In dem uns bekannten Fall verweigerte die sehr unternehmensnahe Mehrheit des Betriebsrats eine in der Regel zu bevorzugende Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl). Die dadurch provozierte Verhältnis- oder Listenwahl erfordert, dass jeder Wahlvorschlag von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Beschäftigten unterzeichnet werden muss. Alternativ kann auch die zuständige Gewerkschaft einen Wahlvorschlag durch zwei Beauftragte unterschreiben.

### Einschüchterung

Als die Geschäftsleitung davon erfuhr, dass KollegInnen mit einer eigenen Liste für konsequente Betriebsratsarbeit kandidieren wollten, setzte sie ein gezielt gesteuertes Programm zur Einschüchterung ein. Einen langjährigen Betriebsangehörigen bedrängte sie so massiv, dass dieser seine Kandidatur zurückzog und mit einer lächerlichen Abfindung aus dem Unternehmen ausschied.

Die verbliebenen KandidatInnen sahen sich mit einem wachsenden Druck konfrontiert.

Kandidatin Maria Helfer (Name geändert) sprach einen Beschäftigten auf die Betriebsratswahlen an. Sogleich eilte ein Meister hinzu und stellte sich – offenbar auf Anweisung der Geschäftsführung – zwischen die beiden KollegInnen. Der Vorgesetzte gab dem Beschäftigten unmissverständlich zu verstehen, dass er es sich eine Unterstützung dieser Liste zweimal überlegen solle. Diese Aussage hat er so oft wiederholt, bis die Kandidatin weggegangen ist. Sie wollte Nachteile für den Kollegen verhindern.

Die Einschüchterungsversuche der Geschäftsführung wurden danach immer massiver. Sobald KandidatInnen der Liste für konse-

quente Betriebsratsarbeit im Werk zu sehen waren, gruppierten sich sofort mehrere „Aufpasser“ sichtbar in einigem Abstand um sie herum. Die KollegInnen, welche mit KandidatInnen im Gespräch waren, wurden durch die Überwachung stark eingeschüchtert. Die KandidatInnen beschlossen daraufhin, unter diesen Bedingungen nicht mehr das Gespräch mit den Beschäftigten zu suchen.

### Polizeieinsatz

Speziell für die KollegInnen der Liste für konsequente BR-Arbeit hatten sich die Berater des Managements eine neue Idee einfallen lassen. Sie ließen durch die Personalabteilung verkünden, dass ausschließlich diese KandidatInnen am Tag nur für zwei Stunden im Betrieb Stützunterschriften sammeln dürften. Das ist ein klarer Verstoß gegen das BetrVG.

Eine weitere Eskalation geschah wenig später. Ein Kandidat der „Konsequenten“ wurde mit Hilfe der Polizei vom Firmengelände verwiesen. Begründung der Geschäftsleitung für diesen Einsatz war das Nichteinhalten ihrer „2-Stundenregel“. Sehr bezeichnend war, dass sich die Polizeibeamten bedenkenlos zum Büttel des Unternehmens machen ließen.

### Erfolg

Trotz all dieser Machenschaften gelang es der Geschäftsleitung, ihren Beratern und den unternehmensnahen „Betriebsräten“ nicht, die KollegInnen der Liste für konsequente Betriebsratsarbeit zu stoppen.

Obwohl diese skandalösen Rechtsbrüche der örtlichen Gewerkschaft bekannt waren, erhielten sie von den zuständigen Gewerkschaftssekretären praktisch keine Hilfe.

Durch das Vertrauen auf ihre eigene Kraft und den enormen Einsatz ihrer UnterstützerInnen gelang es unseren KollegInnen jedoch, die Zulassung ihrer Liste zu den BR-Wahlen zu erreichen. Dieser Erfolg ist bewundernswert! ■



Foto: Avantif.

# Gegen BR-Mobbing

## Dokumentation der 4. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

K. W.

**Vor kurzem ist die Dokumentation der 4. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ erschienen. Weil wir diese Thematik als sehr wichtig einschätzen, wollen wir die Broschüre kurz vorstellen.**

**D**ie Tagung wurde vom Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ mit maßgeblicher Unterstützung durch die örtliche IG Metall durchgeführt. Sie hat am 14. Oktober 2017 im Gewerkschaftshaus in Mannheim mit ca. 100 TeilnehmerInnen stattgefunden.

Im einleitenden Konferenzbericht der Broschüre heißt es: „Aus unterschiedlichen Betrieben und Branchen berichteten KollegInnen über ihre schockierenden Erfahrungen. Diese belegen die weiter gewachsene Aggressivität gegenüber gewerkschaftlich aktiven Mitgliedern von Interessenvertretungen. Mit sogenannten Verdachtskündigungen, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird gegen engagierte Betriebsräte vorgegangen.“

### Rechtsbrüche

Die negativen Folgen dieses Vorgehens auf die persönliche und gesundheitliche Situation werden anhand von Erfahrungsberichten dargestellt. Es werden Rechtsbrüche beschrieben, die menschlich nicht für möglich hält. In der Dokumentation heißt es dazu: „Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helfershelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.“

Die angewendeten Strategien zur Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung werden ebenfalls in der Broschüre beschrieben. Aber nicht nur diese werden dargestellt, einen großen Raum nehmen auch die Abwehrstrategien zur Bekämpfung des BR-Mobbing ein.

Die verschiedenen ReferentInnen der Konferenz betonen eindringlich die Notwendigkeit der solidarischen gewerkschaftlichen Gegenwehr. Von VertreterInnen des IG-Metall Vorstands wird z. B. in diesem Zusammenhang ein *Organizing*-Ansatz zur Verteidigung der Grundrechte präsentiert. Er soll im Kern die Spaltung der Belegschaft verhindern, um dadurch die Angriffe der Geschäftsleitung unschädlich machen zu können.

Neben der gelebten praktischen Solidarität mit den Betroffenen verweist die Broschüre auf die Notwendigkeit der juristischen Gegenwehr. Rechtsanwalt Dietrich Growe von der Kanzlei Dr. Growe und Kollegen (Mannheim) beschreibt sehr eindrücklich die Problematik des Paragraphen 119 Betriebsverfassungsgesetz. Seine Vorschläge zum praktische Umgang mit diesem Thema sind sehr beachtenswert.

### Gewerkschaftsbekämpfung

Die Dokumentation greift ein Thema auf, das für gewerkschaftlich aktive KollegInnen immer mehr Bedeutung erlangt. Die Defensivität der Gewerkschaften wird zunehmend von der Gegenseite genutzt, um nicht nur gegen engagierte Betriebsratsmitglieder vorzugehen, sondern den Einfluss der Gewerkschaften insgesamt zurück zu drängen. BR-Mobbing ist deshalb unmittelbare Gewerk-

schaftsbekämpfung. Sie muss auch deshalb von den Gewerkschaften uneingeschränkt bekämpft werden. Da besteht trotz aller Fortschritte noch ein enormer Nachholbedarf.

Richtig ist deshalb auch die Aussage der Entschließung der Konferenz zur Bekämpfung des BR-Mobbing. Da heißt es unter anderem: „BR-Mobbing gilt offenbar in der Bundesrepublik meist als Kavaliersdelikt. Jedenfalls bleiben die hierfür Verantwortlichen in Unternehmensleitungen und ihre Helfershelfer aus Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, dem Kreis firmenhöriger, unabhängiger Betriebsräte und Detekteien meist straffrei. Jedenfalls nehmen es Verantwortliche in Politik, Justiz, Medien und leider auch in manchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen entweder gar nicht wahr oder spielen es als ‚Einzelfall‘ herunter. Tatsache ist aber: Die Be- oder Verhinderung der Wahl von Betriebs- oder Personalräten ist ein Straftatbestand. Die Blockade der gesetzlich festgelegten Aufgaben von gewählten Betriebsratsgremien ist illegal. Das Mobben von Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern ist kriminell. Es handelt sich hierbei um massive Verletzungen von Grund- und Menschenrechten. Die konsequente Bekämpfung von BR-Mobbing ist deshalb nicht allein eine Pflicht der Gewerkschaften. Politik, Justiz und Medien sind hier ebenfalls gefordert.“

### Resümee

Das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ hat bereits angekündigt, dass am Samstag, dem 13. Oktober 2018, die fünfte Konferenz „Betriebsräte im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus stattfinden wird.

Die Dokumentation empfehlen wir – nicht nur betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven – ausdrücklich zur Lektüre. Sie ist im Netz zu finden unter [www.gegen-br-mobbing.de/](http://www.gegen-br-mobbing.de/). ■



Konferenz „Betriebsräte im Visier“, 14. Oktober 2017 in Mannheim.

# GroKo 4.0 (Teil II)

## Was nun?

O. T.

**Maßgebliche prokapitalistische Kreise haben nach dem Scheitern der „Jamaica“-Verhandlungen eine weitere GroKo propagiert und durchgesetzt. Hier nun Fortsetzung und Schluss des Artikels aus *Avanti*<sup>2</sup> von März 2018.**

### Bildung

Das Kindergeld und der Kinderzuschlag sollen steigen. Der Bund will Länder und Kommunen beim Ausbau und der Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung (Kitas u.a.) mit 3,5 Mrd. Euro unterstützen. Nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist die dafür zur Verfügung gestellte Summe zu gering. Das Familienministerium hatte bislang 10 Mrd. Euro veranschlagt. Für den Ausbau der Betreuung in den Grundschulen sind 2 Mrd. Euro vorgesehen, für den sogenannten Digitalpakt Schule 3,5 Mrd. Euro

Für die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern ist nichts vorgesehen.

### Arbeit

Die sachgrundlose Befristung bleibt, wenn auch eingeschränkt auf 18 statt bisher 24 Monate und auf 2,5 Prozent der Belegschaft von Firmen, die mehr als 75 Beschäftigte zählen. Statt einer dreimaligen soll nur noch eine einmalige Verlängerung möglich sein.

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte gesenkt werden. Kommentar des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Die geplante Senkung ist so groß, dass der Bundesagentur für Arbeit neue Sparzwänge auferlegt werden. Damit wird der Ausbau der Weiterbildung konterkariert.“

Für 150.000 Langzeitarbeitslose will die Bundesregierung einen Zuschuss geben, damit sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kommen. Es gibt aber 900.000 Langzeitarbeitslose. Prekäre Beschäftigung wird nicht eingedämmt.

### Rentenpolitik

Das jetzige Rentenniveau und der Beitragssatz sollen bis 2025 festgeschrieben werden. Das bedeutet eine Absicherung der Rentensenkungen der letzten 15 Jahre. Nach 2025 soll das Rentenniveau dann weiter deutlich sinken.

Neu ist die sogenannte Grundrente für langjährige Geringverdiener: Wenn sie 35 Jahre lang Beiträge bezahlt haben und trotzdem nicht über die Grundsicherung hinauskommen, sollen sie einen Aufschlag von 10 Prozent des Grundsicherungsniveaus bekommen. Das ist aber eine Fürsorgeleistung, denn es wird ihnen anderes Einkommen und Vermögen angerechnet, mit Ausnahme der Häuser und Wohnungen, in denen sie wohnen. Die Betroffenen werden es sich dreimal überlegen, ob sie sich auf diese Weise enteignen lassen.

Seehofer hat eine Ausweitung der Mütterrente um ein drittes Jahr durchgesetzt. Bislang wird sie aus der Rentenversicherung gezahlt. Die Mütterrente betrifft 2,8 Millionen Frauen.

In der Finanzplanung der GroKo-Projekte ist nichts für die Renten-Maßnahmen vorgesehen. Sollten diese Maßnahmen

dann vollständig aus Beitragsmitteln bezahlt werden, würden die sogenannten versicherungsfremden Leistungen wieder, wie schon in den 1990er Jahren, in Richtung 30 Mrd. Euro gehen. Ein paar Verbesserungen, die sich teilweise als vergiftet erweisen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schwächung der gesetzlichen Rentenversicherung weiterbetrieben und der zunehmenden Altersarmut nichts entgegengesetzt wird.

### Sozialer Wohnungsbau

Ab 2020/2021 sollen 2 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Nötig wären nach Berechnungen des Mieterbundes jährlich 3 Mrd. Euro.

### Sicherheit

Die Sicherheitsbehörden, dazu gehören der „Verfassungsschutz“ und die Polizei, sollen 15.000 Stellen mehr bekommen, je 7.500 beim Bund und bei den Ländern. Die Videoüberwachung wird ausgebaut.

### Militärpolitik

Die Waffenexporte gehen weiter, sogar Altaufträge an aktuelle Kriegsparteien wie Saudi-Arabien, das Krieg im Jemen führt, werden abgearbeitet. Der Bundeswehreininsatz in Mali und Afghanistan wird weitergeführt, die „Mission“ im Nord-Irak wird als erfolgreich bezeichnet, obwohl sich der Krieg dort zu einem regionalen Stellvertreterkrieg ausgeweitet hat.

Dem 2-Prozent-Ziel der NATO will die GroKo näher kommen – für Deutschland bedeutet das eine Verdopplung der Militärausgaben! Die EU-Militärunion soll ausgebaut werden, dafür soll eine bewaffnungsfähige Euro-Drohne entwickelt werden. Die US-Atomwaffen, die in Deutschland gelagert sind, will man nicht abschaffen.

### Instabilität

Das erzielte Verhandlungsergebnis stößt in der Öffentlichkeit in fast allen Punkten auf Ablehnung. Manchmal geschieht das aus entgegengesetzten Motiven, weil es zu weit oder nicht weit genug geht. Teile der Gefolgschaft von CDU/CSU und SPD werfen der jeweiligen Verhandlungsführung vor, sie hätten sich über den Tisch ziehen lassen – sei es in Sach- oder sei es in Personalfragen.

Das spiegelt jedoch nur die Tatsache wieder, dass es in der CDU/CSU ebenso wie in der SPD Absetzbewegungen von den derzeitigen Führungen gibt. Sie sind Führungen auf Abruf, der Kampf um die Nachfolge hat begonnen. Das führt dazu, dass diese Bundesregierung trotz ihrer großen parlamentarischen Mehrheit politisch relativ instabil ist. Während sich aber in der SPD eine Führungsalternative noch nicht herauskristallisiert,

stehen auch in der Union die Zeichen eher auf einem Rechtsruck nach Merkel.

## Großkapital

Die Politik der „Untätigkeit“ wird vom Großkapital immer weniger akzeptiert. Vor dem Hintergrund, dass die Konjunktur wieder brummt und die Kapitalisten sich darauf einstellen, dass dies noch eine Weile anhält, werden sie aggressiver. Sie beharren noch selbstverständlicher auf „ihrem Recht“, sich das größte Stück vom Kuchen zu nehmen, und sie sind weniger bereit, Kompromisse zu machen.

Nichts anderes drückt auch die Stellungnahme des Deutschen Arbeitgeberverbandes (BDA) aus: „Der Vertrag ist geprägt von rückwärtsgewandter Umverteilung und unverantwortlicher Belastung der jungen Generation.“

Die Politik der GroKo ist die Fortsetzung einer Politik gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten. Aber die Kapitalisten wollen mehr. Sie haben begriffen, dass die Gewerkschaftsbewegung aufgrund des Festhaltens ihrer Führungen an einer sozialpartnerschaftlichen Politik und ihrer Anlehnung an die neoliberale SPD politisch und praktisch geschwächt ist.

## Gewerkschaften

Jahrelang haben die Gewerkschaftsvorstände auf eine ernsthafte politische Auseinandersetzung und die Stärkung von Gegen-

macht – zum Beispiel durch wirksame Streiks – verzichtet. Sie wollten die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Betriebe nicht gefährden. Das hat dazu geführt, dass die Gewerkschaftsmitglieder heute viel stärker als in der Vergangenheit der Kapitallogik unterworfen sind und kaum mehr solidarische Perspektiven erkennen.

## Perspektiven

In den kommenden Auseinandersetzungen können die Gewerkschaften und die Linke nur bestehen, wenn sie alle Kräfte auf wichtige zentrale Punkte konzentrieren. Dazu gehört auch eine klare, solidarische und internationalistische Antwort auf die Fluchtbewegung, eine starke Front gegen weitere Privatisierungsinitiativen, und die Verteidigung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte.

Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaftsapparate den Koalitionsvertrag und die GroKo hoch zu loben, wie das die meisten Gewerkschaftsführungen schon getan haben. Es ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen gegen die unsoziale Politik und gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft vorzugehen.

Nur im gemeinsamen, praktischen Kampf werden die KollegInnen die notwendige Erfahrung sammeln, um weitergehende Perspektiven – für eine andere, für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft – zu entwickeln. ■



GE-Kollegen protestieren 2016 in Mannheim.

Foto: Avanti².

# Karl Marx wird 200 (Teil III)

## Ein radikaler Demokrat

MANUEL KELLNER

Von Oktober 1842 bis Januar 1843 war Marx leitender Redakteur der *Rheinischen Zeitung*. Die Geldgeber waren bürgerliche Liberale, doch nun wurde die *Rheinische Zeitung* radikal demokratisch. Das hieß damals, für eine demokratische Republik einzutreten, während rechtere bürgerliche Demokraten für eine konstitutionelle Monarchie waren.

In seinen *Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion* (MEW 1, S. 3 ff.) kommt Marx zu dem Schluss: „Die eigentliche Radikalkur der Zensur wäre ihre Abschaffung.“ Das hält ihn nicht davon ab, die königliche Instruktion in Preußen kritisch zu sezieren und sich über sie lustig zu machen: „Gewiss! Ist die Zensur einmal eine Notwendigkeit, so ist die freimütige, die liberale Zensur noch notwendiger.“ Ein Zensuredikt von 1819, das nur provisorisch fünf Jahre lang gelten sollte, war immer noch in Kraft. Die Instruktion verhiess aber keine Verbesserung.

Wahrheit oder Unwahrheit sind gar nicht wirklich die Maßstäbe. Die Untersuchungen darüber sollen vielmehr „ernsthaft und bescheiden“ erfolgen. „Das Gesetz gestattet, dass ich schreiben soll, nur soll ich einen andern als *meinen* Stil schreiben! Ich darf das Gesicht meines Geistes zeigen, aber ich muss es vorher in *vorgeschriebene Falten* legen!“ Letztlich fordern diese Zensurbestimmungen eine „wohlwollende“ Haltung gegenüber der Obrigkeit, eine staatskonforme Gesinnung. Marx klagt an: „Das Gesinnungsgesetz ist kein Gesetz des Staates für die Staatsbürger, sondern das Gesetz einer Partei gegen eine andere Partei.“ Verboten sollen sein: ehrenkränkende Urteile nicht nur über Personen, sondern auch über ganze Klassen und die Nennung von Parteinamen! Das ist absurd, wie Marx mit dem Dichterwort anmerkt: „Weil jede Krankheit zuvörderst, wie Doktor Sassafras meint, um glücklich sie kurieren zu können, benamset werden muss.“

In seinen Artikeln zu den Debatten über die Pressefreiheit im Rheinischen Landtag (einer Ständevertretung) stellt Marx folgende Diagnose: „Wir finden nämlich den *spezifisch ständischen* Geist nirgend klarer, entschiedener und voller ausgeprägt, als in den Debatten über die Presse. Vorzugsweise gilt dies von der *Opposition gegen die*

*Pressfreiheit*, wie überhaupt in der Opposition gegen die *allgemeine Freiheit* der Geist der bestimmten Sphäre, das individuelle Interesse des besonderen Standes [...] sich am schroffsten und rücksichtslosesten herauswenden und gleichsam die Zähne zeigen.“ (MEW 1, S. 33 f.)

Fürstenstand, Ritterstand und städtische Patrizier polemisieren gegen die Pressefreiheit. Marx widerlegt ihre Spitzfindigkeiten. Zum Beispiel erklären sie die Masse des Volkes für unmündig und daher erziehungsbedürftig. Alles Menschliche sei eben unvollkommen. Marx erwidert: „Ist die Erziehung nicht auch menschlich, daher unvollkommen? Bedarf die Erziehung nicht auch der Erziehung?“ (MEW 1, S. 49.) Die wirkliche Erziehung ist nur möglich durch offenen öffentlichen Meinungsstreit.

Ein Redner verteidigt die Pressefreiheit als Teil der Gewerbefreiheit. Marx antwortet: „Die Pressfreiheit zu einer Klasse der

Gewerbefreiheit machen, ist sie verteidigen, indem man sie vor der Verteidigung totschlägt.“ Das Schreiben darf keinem äußeren Zweck dienen: „Der Schriftsteller muss allerdings erwerben, um existieren und schreiben zu können, aber er muss keineswegs existieren und schreiben, um zu erwerben.“ (MEW 1, S. 70 f.)

Am Beispiel der französischen Presse prangert Marx die kommerzielle Unterdrückung der Freiheit an: „Die französische Presse ist nicht zu frei, sie ist nicht freier genug. Sie unterliegt zwar keiner geistigen Zensur, aber sie unterliegt einer materiellen Zensur, den hohen Geldkautionen. Sie wirkt daher materiell, eben, weil sie aus ihrer materiellen Sphäre in die Sphäre der großen Geldspekulationen gezogen wird.“ (MEW 1, S. 63.) Wer heute lebt, der denkt unwillkürlich an den Spruch *de tu fabula narratur* – von Deiner Geschichte wird hier erzählt! ■



### HERAUS ZUM FEST & UMZUG „KARL MARX 200“ SONNTAG 6. MAI 2018 – MANNHEIM-ALMENHOF

Was haben Karl Marx, Heinrich Heine, Ferdinand Lassalle und August Bebel gemeinsam? Alle waren streitbare Demokraten UND ihre Namen finden sich auf Strassenschildern im Mannheimer Stadtteil Almenhof in dessen Mitte der 48er Platz liegt, ein öffentliches Sportgelände, dessen Name sich auf die Revolution von 1848 bezieht.

Karl Marx war einer der Vordenker dieser Revolution und sein Geburtstag jährt sich in diesem Jahr zum 200. Mal. Wir meinen, Grund genug für eine Feier, ganz nach dem Motto des Jubiläums:

**„Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“**

Karl Marx, der am 5. Mai 1818 in Trier das Licht der Welt erblickte, war nicht nur ein Wissenschaftler, Philosoph und Ökonom, der mit seinen Theorien die Welt veränderte, er mischte sich auch aktiv in die politischen Prozesse seiner Zeit ein. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!“ war sein Credo. An diesen Karl Marx wollen erinnern.

Seine Analyse der kapitalistischen Profitmaximierung und deren verderbliche Wirkung für die Menschheit und den Planeten, haben bis heute Gültigkeit. Der Kapitalismus hat einen enormen Reichtum ermöglicht. Doch ballt sich dieser zunehmend bei einer einzigen Klasse von Superreichen. Ihre unkontrollierte Macht vertieft die soziale Spaltung und gefährdet unsere erkämpften demokratischen und sozialen Rechte.

Wir laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, sich mit Ihrer Phantasie und Kreativität, Ihrem Witz und Ihren Erkenntnissen in den geplanten bunten Festumzug durch die Almenhöfer Revolutionsstrassen, einzubringen

**Zeitpunkt der politisch-kulturellen Aktion ist: Sonntag, den 6. Mai 2018 15 Uhr. Teffpunkt: Freiheitsplatz/Karl Marx-Strasse.**

Der Umzug endet am 1848er-Platz mit einer Abschlusskundgebung und kulturellen Beiträgen. An diesem Ort wird es auch eine Bewirtung geben.

gezeichnet

**Festkomitee Karl Marx**

(Wolfgang Alles, Mathias Kohler, Bernd Köhler, Michael Lapp, Christine Pospesch, Heiner Ritter, Roland Schuster und Christian Störz)



# 1. Mai

## Antikapitalistisches Bündnis

Wie schon in den letzten Jahren ruft das Bündnis zur Beteiligung am antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo am 1. Mai in Mannheim auf. Wir dokumentieren diesen Aufruf. UnterstützerInnen sind: Antifaschistische Aktion [Aufbau] Mannheim, DIDF Mannheim, DIDF-Jugend Mannheim, Internationale Sozialistische Organisation Rhein-Neckar, OAT Mannheim, SDAJ Mannheim, SJD - Die Falken Mannheim, ver.di-Jugend Rhein-Neckar.

### ORGANISIEREN. STREIKEN. KÄMPFEN.

#### Kapitalismus überwinden!

#### Aufruf zum antikapitalistischen 1. Mai in Mannheim

Weltweit gehen am internationalen Kampftag der ArbeiterInnen Millionen Menschen auf die Straße um für ein selbstbestimmtes Leben gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu demonstrieren. In Mannheim hat sich hierzu in den vergangenen Jahren das Antikapitalistische Bündnis gegründet. Auch dieses Jahr rufen wir zur Beteiligung am Antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo in Mannheim auf!

#### ORGANISIEREN – FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT!

Das kapitalistische System scheut nicht vor der ständigen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen derer zurück, die nichts außer ihre Arbeitskraft besitzen. Das System der Profitmaximierung wirkt sich verheerend auf die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Menschen aus. Beispiele hierfür gibt es viele: Massenkündigungen wie bei GE, prekäre Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, Explosion der Mietpreise und Wohnraumverdrängung, Pflegenotstand im Gesundheitssystem.

Die kapitalistische Logik verlangt von den Menschen das Maximum an Leistung und Konkurrenzdenken. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen vereinzeln. Sie werden entmutigt, ihre Rechte einzufordern. Dem setzen wir das Prinzip der Solidarität entgegen. ORGANISIEREN wir uns gemeinsam für unsere Interessen.

#### STREIKEN – WIR NEHMEN UNS WAS UNS ZUSTEHT!

Ob im Betrieb, an der Universität oder im Krankenhaus - die Zeiten erfordern Widerstand. Wie gemeinsame Stärke und Solidarität praktisch aussehen kann, haben die in der IG Metall organisierten Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in der vergangenen Tarifrunde mit Warnstreiks eindrucksvoll bewiesen. Hunderttausende hatten Anfang dieses Jahres die Arbeit für – in leider noch sehr begrenztem Umfang – selbstbestimmte Arbeitszeiten niedergelegt. Den Kapitalisten wurde deutlich gezeigt, zu welcher Dynamik ArbeiterInnen in der Lage sind.

Auch in der Krankenpflege kam es bereits zu ersten größeren Warnstreiks. Aktuell organisieren die KrankenpflegerInnen gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di eine bundesweite Bewegung gegen den herrschenden Pflegenotstand und für mehr Pflegepersonal in den Kliniken. Der Kampf der KrankenpflegerInnen geht uns alle an. Denn sie kämpfen gegen die Interessen privater Unternehmen und für ein menschliches Gesundheits-

system. Deshalb ist es wichtig, diesen fortschrittlichen Kampf antikapitalistisch zu begleiten und solidarisch zu unterstützen. Denn eins ist klar: Der Kapitalismus ruiniert unsere Gesundheit!

#### KÄMPFEN WIR GEMEINSAM – GEGEN FASCHISMUS UND KRIEG!

Die Rechtspopulisten sind im Aufwind. Mit ihrer rassistischen Hetze gegen Geflüchtete spalten sie die arbeitende Klasse. Gleichzeitig lenken sie von den Ursachen der sozialen Probleme ab. Es ist höchste Zeit, die Einheitsfront gegen diese menschenverachtende Politik zu stärken. Genauso wichtig ist auch, die Wurzeln des Faschismus aufzuzeigen. Denn diese liegen im kapitalistischen System, und solange dieses nicht überwunden ist, wird die soziale Demagogie der Rechten immer auf fruchtbaren Boden fallen. Nein zu Rassismus und Faschismus!

Kapitalismus heißt Rüstung und Krieg. Die Bundesrepublik ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Mit deutschen Waffen werden Menschen getötet. Auch beim völkerrechtswidrigen Krieg des türkischen Regimes gegen die KurdInnen in Nordsyrien werden deutsche Waffen eingesetzt. Nein zum Krieg und den Waffenexporten!

#### KÄMPFEN WIR GEMEINSAM GEGEN DEN KAPITALISMUS UND FÜR DEN AUFBAU EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT – LOKAL, BUNDESWEIT UND INTERNATIONAL!



# Gegen Kriege und Aufrüstung

L. K.

**D**ie diesjährigen Ostermärsche standen unter dem Motto „Frieden braucht Bewegung. Gegen Aufrüstung, Krieg und atomares Wett-rüsten!“ Kritisch thematisiert wurden auch der Krieg in Syrien, die Attacken des Erdogan-Regimes gegen kurdische Gebiete und die deutschen Waffenexporte.

„Abrüsten statt Aufrüsten! Fluchtursachen beseitigen – Kriege beenden!“ forderte der Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Neckar. Er fand am 31. März 2018 in Heidelberg statt. 500 bis 600 Menschen beteiligten sich an der Demo, die vom Hauptbahnhof zum Universitätsplatz führte. ■



Ostermarsch Rhein-Neckar am 31.03.2018 in Heidelberg.

Foto: Avanti².

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 17.04.2018, 19:00 Uhr, HEIMATLOS, Musik „Lieder aus dem Exil“ von und mit ewo², Film „Haymatloz“ von Eren Önsöz, Ernst-Bloch-Zentrum, LU
- DO, 19.04.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 20.04.2018, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend „Gut leben und arbeiten in Deutschland?“
- SO, 22.04.2018, 14:00 Uhr, ISO-Frühjahrsausflug
- DI, 01.05.2018, 10:00 Uhr, DGB-Demo (mit antikapitalistischem Block) ab Gewerkschaftshaus MA
- SO, 06.05.2018, 15:00 Uhr Festumzug „Marx 200“ ab Freiheitsplatz MA-Almenhof